



ایران رپورت

Iran-Report

12/15

Dezember 2015 - erscheint monatlich, elektronisches Abo! V.i.s.d.P. Annette Maennel

Innenpolitik	2
Kultur	7
Wirtschaft	11
Außenpolitik	15

Mit der Wahl Hassan Rohanis zum iranischen Präsidenten und dessen Amtsantritt am 3. August 2013 wurde in der iranischen Politik ein bedeutender Wandel eingeleitet. Besonders augenfällig ist dies im Kurswechsel der Atompolitik. Die Öffnung der iranischen Politik nach außen und die Ankündigung innenpolitischer Reformen werden im Land von den konservativen Kräften heftig bekämpft. Der Widerstand lässt Rohani und seiner Regierung wenig Spielraum.

Der Iran-Report wertet Nachrichten verschiedener Quellen aus. Auch um die von den Mächtigen in Iran verfügbaren Behinderungen und Einschränkungen der journalistischen Arbeit auszugleichen. Der Iran-Report produziert keine Schlagzeilen, sondern er erhellt die Meldungen, das Nichtgesagte dahinter.

Elektronisches Abonnement:

Wenn Sie den iran-report kostenfrei abonnieren wollen, tun Sie dies bitte unter <https://themen.boell.de>. Mit einer E-Mail an info@boell.de können Sie sich aus dem Verteiler wieder austragen lassen.

IMPRESSUM

Autor: Bahman Nirumand
Redaktion: Bauke Baumann
V.i.S.d.P. : Annette Maennel
14. Jahrgang

INNENPOLITIK

Rohani attackiert rechte Presse / Rafsandschani will sich um Parlamentssitz bewerben / Fahrzeuge unverschleierte Fahrerinnen werden beschlagnahmt / Futsal-Frauenteam darf nach Guatemala / Kampfansage an Sympathisanten der USA / Soleimani in Syrien verletzt / Staatsführung über Anstieg der Scheidungsrate besorgt / 15 Bahai verhaftet / Amerikanisch-libanesischer Staatsbürger wegen Spionage verhaftet

ROHANI ATTACKIERT RECHTE PRESSE

"Es geht nicht, dass manche Zeitungen nie verboten oder bestraft werden und schreiben, was sie wollen, ohne Sanktionen befürchten zu müssen. Es geht nicht, dass sie die Rolle der Geheimpolizei übernehmen und man aus manchen Berichten herauslesen kann, wer am nächsten Tag verhaftet oder denunziert werden soll", sagte Rohani auf der 21. Zeitungsmesse am 7. November in Teheran. "Demgegenüber werden manche Zeitungen verboten, bevor die erste Nummer erschienen ist oder die Zeitung in der Öffentlichkeit bekannt geworden ist." "Ich wiederhole, was ich oft gesagt habe, Verbote müssen das letzte Wort in Bezug auf Zeitungen sein."

"Genauso wie wir auf eine funktionierende Presse angewiesen sind, sind wir auf klare Pressegesetze angewiesen", fuhr Rohani fort. "Wenn wir klare Gesetze hätten, würden nicht jeden Tag irgendwelche Gruppen wegen eines Wortes oder einen Satzes die Pressefreiheit aufs Spiel setzen." Die Presse brauche klare Gesetze, sie müsse gefördert und wenn nötig bestraft werden. "Die extremste Strafe ist die Todesstrafe." Sollte eine Zeitung einen Fehler begehen, müsse dies vom Kulturministerium und von juristischen Instanzen untersucht und festgestellt werden, ob die Zeitung dem Land gedient oder zugunsten fremder Mächte gearbeitet habe. "Nicht jeder Sicherheitsbeamte kann die Maßstäbe für die Presse bestimmen. Wir brauchen Gesetze, die für alle gleich sind."

Die 21. Zeitungsmesse wurde am 7. November eröffnet. Einige konservative Zeitungen, darunter Kayhan, Dschawan und Watan sowie Agenturen wie Tasnim und Fars boykottierten die Messe. Sie begründeten diese Maßnahme mit der "ungleichen Behandlung" der regierungskritischen und konservativen Presse durch die Regierung. Sie protestieren gegen die ihnen auferlegten Einschränkungen, obwohl sich die Angriffe der Justiz stets gegen unabhängige Journalisten und Zeitungen richten, die den Reformern nahestehen. Auch die Revolutionsgarden (Pasdaran) stehen der unabhängigen Presse feindlich gegenüber. Kürzlich haben sie einige Personen unter dem Vorwurf festgenommen, im Auftrag ausländischer Dienste in den Medien Einfluss genommen zu haben.

Bereits am 4. November hatte Rohani in einer Kabinettsitzung "einigen Gruppen" vorgeworfen, Äußerungen des Revolutionsführers Ali Chamenei für willkürliche Festnahmen zu missbrauchen. Chamenei hatte wenige Tage zuvor vor "fremder Einflussnahme in der Islamischen Republik" gewarnt. "Die Anweisungen des Revolutionsführers haben das Ziel, die nationale Stärke zu sichern, die Einflussnahme fremder Mächte durch die Einheit des Volkes zu verhindern und gegenüber Verschwörungen wachsam zu sein", sagte Rohani. Derlei Äußerungen dürfe niemand missbrauchen. "Es darf nicht sein, dass wir diese Äußerungen zum Vorwand nehmen und jeden, der uns nicht passt, der Zusammenarbeit mit Fremden bezichtigen."

Die Worte Rohanis forderten die Kritik des Freitagpredigers Kasem Sadighi heraus. "Sind Sie sich darüber bewusst, wen Sie verteidigen und wen Sie angreifen", sagte Sadighi an Rohani gerichtet am 13. November in Teheran. Es sei bedauerlich, wenn jemand im Umgang mit Fremden alle Normen der Höflichkeit berücksichtige, aber bei der Begegnung mit eigenen Leuten, mit Frommen und denen, die ihre Dienste dem eigenen Land zur Verfügung stellten, diese Normen fallen ließe. "Es wäre schade, wenn unser

Staatspräsident sich einseitigen Einschränkungen unterwerfen würde. Solche Äußerungen sind aus unserer Sicht dem Präsidenten nicht würdig", sagte Sadighi. Man müsse fragen, warum der Revolutionsführer vor der Einflussnahme von Fremden warne. Seine Sorge betreffe zum Beispiel die Universitäten. "Wie viel Prozent der Studenten nehmen am gemeinsamen Gebet teil? Wie viel Prozent der Lehrkräfte gehen in die Universitätsmoschee? Wie weit haben unsere Universitäten die Studenten mit dem System von Welajat-e Faghieh (Herrschaft der Geistlichkeit) vertraut gemacht?", fragte Sadighi.

RAFSANDSCHANI WILL SICH UM PARLAMENTSSITZ BEWERBEN

Iranischen Medien vom 25. November zufolge habe Haschemi Rafsandschani bei einem Treffen mit Doktoranden der politischen Wissenschaften seine Absicht bekundet, sich bei den Parlamentswahlen im Februar 2016 um einen Sitz zu bewerben. Auf die Frage, ob er bei den nächsten Wahlen präsent sein werde, sagte er, die nächsten Wahlen seien für die Islamische Republik "schicksalsbestimmend". "Die Bedingungen und die Kontrolle der Wahl müssen so sein, dass sie die Menschen mit Hoffnung erfüllen und ihnen die Möglichkeit gewähren, eine historische Entscheidung zu treffen", sagte Rafsandschani. "Auch ich werde mich, so Gott will, bewerben."

Rafsandschani war in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts unter anderem Parlamentspräsident. 1989 wurde er zum Staatspräsidenten gewählt. Er hatte dieses Amt acht Jahre lang inne. Danach erhielt er den Vorsitz des Schlichtungsrats, dem er bis heute vorsitzt. Nebenbei war er auch noch eine Zeit lang Vorsitzender des Expertenrats. 2005 kandidierte er für das Amt des Staatspräsidenten, verlor jedoch bei der Stichwahl gegen Ahmadinedschad. 2013 wollte er sich noch einmal für das Amt des Präsidenten bewerben, seine Bewerbung wurde jedoch vom Wächterrath abgelehnt. Rafsandschani gehört zu den einflussreichsten Personen in der Islamischen Republik.

FAHRZEUGE UNVERSCHLEIERTER FAHRERINNEN WERDEN BESCHLAGNAHMT

"Autos von Frauen, die beim Autofahren kein Kopftuch tragen, werden für eine Woche beschlagnahmt", sagte der Sprecher der Polizei, Said Montaser al Mahdi, laut einem Bericht der staatlichen Agentur Irna am 15. November. Wenige Tage zuvor hatte der Chef der iranischen Polizei, General Hossein Aschtari, erklärt, die Polizei werde nun verschärft auf die Einhaltung der Kleidungsvorschriften achten. Dementsprechend werde die Polizei, sobald sie Fehlritte von Autofahrerinnen feststelle, das Fahrzeug für eine Woche stilllegen und die Fahrerin entweder mit einer Geldstrafe abmahnen oder die Justiz einschalten.

FUTSAL-FRAUENTEAM DARF NACH GUATEMALA

Der Vizevorsitzende des Sportausschusses im iranischen Parlament, Mohammad Tadschbachsch, gab laut Medienberichten am 7. November bekannt, dass das Futsal-Frauenteam auf persönliche Anordnung von Präsident Rohani hin an einem internationalen Futsal-Turnier im Dezember in Guatemala teilnehmen wird.

Zuvor hatte der Chef des iranischen Fußballverbands, Ali Kaschefian, erklärt, die Teilnahme des Frauenteam sei wegen Problemen bei der Visavergabe nicht möglich. "Guatemala hat keine diplomatische Vertretung in Iran und wir müssten die Einreiseerlaubnis in Deutschland einholen. Dafür brauchen wir aber das Schengen-Visum", sagte er. Der Verband habe Guatemala gebeten, das Visum am Flughafen auszustellen. Doch die Bitte sei abgelehnt worden.

Das iranische Frauenteam hatte wenige Wochen zuvor bei der Asienmeisterschaft in Malaysia Japan besiegt und sich damit für die Teilnahme an den Futsal-Weltmeisterschaften qualifiziert.

Diese Vorgänge hatten Kritik und Proteste hervorgerufen. Manche Kritiker warfen dem Fußballverband vor, mit Absicht die Reisevorbereitung verzögert zu haben. Die Agentur ISNA fragte in einem Leitartikel, wieso der Präsident persönlich einschreiten müsse, um die Ausreise der Frauen zu ermöglichen. Sie warf dem Fußball-Verband vor, er habe das Geld für die Männermannschaften sparen wollen. Das sei eine Diskriminierung von Frauen. Nun kündigte Vizesportministerin Rababeh Schahrian an, diesen Vorwurf zu überprüfen.

ISNA zufolge sagte Tadschbachsch, der Präsident verfolge die Entwicklung des Sports in Iran mit besonderem Interesse. Er habe das Außenministerium angewiesen, die Reise des Frauenteam nach Guatemala zu ermöglichen. Die Kosten der Reise werde das Sportministerium übernehmen.

"Das ist unglaublich schön, dass der Präsident sich für uns eingesetzt hat", sagte die Nationaltorhüterin Farsaneh Tawassoli. "Als Dank werden wir in dem Turnier Vollgas geben."

KAMPFANSAGE AN SYMPATHISANTEN DER USA

General Gholamali Raschid, Vizekommandant der iranischen Streitkräfte, forderte zum Widerstand gegen die "Verräter und Naiven" auf, die eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Iran und den USA anstrebten.

"Nach dem Atomabkommen versuchen manche, das hässliche Gesicht der USA zu schmücken und unseren politischen Kampf gegen Unterdrücker und die USA zu schwächen", sagte der General den Medien zufolge am 12. November. Dabei handele es sich um zwei Gruppen, von denen eine aus Personen bestehe, die keine Verräter, aber naiv seien. Darunter seien möglicherweise auch einige Verantwortliche im Staat. Die andere Gruppe bestehe aus "Verrätern, Missgünstigen und Agenten".

"Wir müssen gegen beide Gruppen kämpfen", sagte Raschid. "Denn sie wollen den Weg der USA in unser Land ebnen." Das Atomabkommen bedeute keineswegs einen "Gleichschritt" mit den Unterdrückungsmächten und den USA bei der Lösung der Probleme in der Region. Man solle nicht vergessen, dass "die Feinde ihre Pläne gegen die Islamische Republik nie aufgeben werden".

Die Gegnerschaft zwischen den USA und Iran sei nicht allein geografisch, es gehe vielmehr um die Auseinandersetzung zwischen "Islam und Gottlosigkeit". Raschid pries zum Schluss seiner Äußerungen die Schlagkraft der iranischen Streitkräfte, insbesondere die des Raketenarsenals der Revolutionsgarden.

SOLEIMANI IN SYRIEN VERLETZT

Medienberichten vom 25. November zufolge wurde der legendäre General Ghassem Soleimani, der Oberbefehlshaber der Al-Kuds-Brigade, am 22. November bei Kämpfen gegen Rebellen in Syrien, südlich von Aleppo, verletzt. Die Al-Kuds-Brigade ist die Abteilung der Revolutionsgarden (Pasdaran) für Auslandseinsätze.

Soleimani, der zu den ranghöchsten Generälen Irans gehört, wird nicht nur in Iran, sondern auch in Syrien, im Irak und im Libanon wie ein Held verehrt.

Bereits an den Vortagen war ein Gerücht im Umlauf, Soleimani sei verwundet oder gar tot. Teheran dementierte diese Berichte zuerst. Die Nachrichtenagentur Fars zitierte den Pressesprecher der Pasdaran, Ramesam Scharif, mit den Worten, der General sei völlig gesund und unterstütze "den islamischen Widerstand in Syrien und im Irak und den Kampf gegen Terroristen und Gottlose".

STAATSFÜHRUNG ÜBER ANSTIEG DER SCHEIDUNGSRATE BESORGT

Die iranische Staatsführung zeigt sich besorgt über den rapiden Anstieg der Scheidungsrate im Land. Nach den Angaben des Amtes für Statistik gab es im ersten Halbjahr des laufenden Jahres (vom 21. März bis 21. September) landesweit 83.277 Scheidungen, davon 74.942 Scheidungen im städtischen Raum und 8.335 Scheidungen in den ländlichen Gebieten.

Vizepräsidentin Schahindocht Molawerdi, verantwortlich für Frauen und Familie, sagte der Presse am 11. November, die zunehmende Scheidungsrate sei die Ursache für zahlreiche gesellschaftliche Probleme und eine Gefahr für die Familie. Und Resa Salehi, der Kulturberater des Präsidenten, bezeichnete den Anstieg der Scheidungsrate als eine große, besorgniserregende Gefahr für das Land.

Auch der Großayatollah Nasser Makarem Schirasi zeigte sich über die zunehmenden Scheidungen besorgt. Ein wichtiger Grund dafür sei die "unüberlegte Ausweitung des Internets", sagte er. Das Internet ermögliche unsittliche Verbindungen zwischen Männern und Frauen. Die Zunahme der Scheidungsrate werde zur Zerstörung der Familienordnung führen, warnte der Ayatollah. Eine der Folgen der Scheidungen seien Kinder ohne Obhut, die sich zu "gefährlichen Elementen" entwickeln könnten.

Schirasi gehört zu den ultrakonservativen Geistlichen, die als religiöse Instanz über großen Einfluss verfügen. Seit der Amtsübernahme der Regierung Rohani übt er scharfe Kritik, vor allem an der Kulturpolitik der Regierung. Dabei ging er kürzlich sogar soweit, dass er sich weigerte, Kulturminister Ali Dschannati zu empfangen. Dazu veröffentlichte sein Büro in der Heiligen Stadt Ghom am 18. November eine Erklärung, in der es heißt, der Großayatollah habe einen Besuch des Kulturministers abgelehnt, weil er "manche Projekte und Pläne des Ministeriums grundsätzlich ablehnt". Konkret gehe es um Bücher, Filme und Musikveranstaltungen. "Sollten die Fehler korrigiert werden, sei der Ayatollah gerne bereit, den Minister zu empfangen, wenn nicht, könne ein Besuch als Einverständnis mit der Kulturpolitik der Regierung missdeutet werden, hieß es in der Erklärung. Das Büro habe zunächst keine öffentliche Stellungnahme beabsichtigt, sei jedoch durch Kommentare in der Presse dazu gezwungen worden.

Zehn Tage vor der Veröffentlichung der Erklärung hatte der Sprecher des Kulturministeriums erklärt, der Besuch des Ministers bei dem Großayatollah sei nicht wegen Krankheit Schirasis abgesagt worden.

15 BAHAI VERHAFTET

Sicherheitsbeamte haben Medienberichten vom 15. November zufolge fünfzehn Angehörige der Bahai-Religion in den Städten Teheran, Isfahan und Maschhad festgenommen. Die Sprecherin der Bahai-Gemeinde, Padideh Sabeti, sagte, der Grund der Festnahme sei nicht bekannt. Neben den Festnahmen seien noch acht von Bahais geführte Geschäfte in Ghaemshahr, Rafsandschan und Kerman geschlossen worden. Die Schließung erfolgte, weil die Geschäfte an Bahai-Feiertagen geschlossen waren.

Seit Januar 2014 wurde der Kalender der Bahai weltweit vereinheitlicht, so dass in diesem Jahr alle Bahais in der Welt ihre Feiertage an denselben Tagen begehen können, sagte

Sabeti. Mit der Schließung der Geschäfte sollten die Besitzer unter Druck gesetzt werden, ihre Geschäfte während der Feiertage offen zu halten, so Sabeti.

Die Bahais werden in Iran als Religionsgemeinschaft nicht anerkannt. Die Mitglieder der Gemeinde sind daher ständigen Repressionen ausgesetzt. Zahlreiche Bahais befinden sich in Haft. Seit der Gründung der Islamischen Republik sind viele Gemeindeglieder getötet oder ins Gefängnis gesteckt worden. Bahais haben keinen Zugang zum Staatsdienst, auch nicht zu den Universitäten. Die iranische Führung bestreitet, dass Bahais wegen ihres Glaubens unter Druck gesetzt werden. Die Mitglieder der Gemeinde werden immer wieder beschuldigt, mit fremden Mächten, vor allem mit Israel, zu kollaborieren.

Mit der Schließung der Geschäfte wird den Inhabern die letzte verbleibende wirtschaftliche Grundlage entzogen, sagte Prof. Ingo Hoffmann, Sprecher der Bahai-Gemeinde in Deutschland. "Da ihnen auch der Zugang zu höherer Bildung verwehrt ist, sind Kleinunternehmen für viele Bahai die letzte und einzige Möglichkeit, sich eine Lebensgrundlage zu schaffen."

AMERIKANISCH-LIBANESISCHER STAATSBÜRGER WEGEN SPIONAGE VERHAFTET

Wie das staatliche Fernsehen am 3. November berichtete, wurde ein Libanese, der zugleich die amerikanische Staatsbürgerschaft besitzt, unter dem Vorwurf der Spionage festgenommen. Er sei "zu tiefst mit den US-Geheimdiensten und -Militärs verbunden" gewesen, hieß es. Demgegenüber veröffentlichte die Familie des Festgenommenen, Nezar Zaka, die Information, dass er lediglich die libanesischen Staatsbürgerschaft besitze. Er habe keinerlei Verbindungen zu amerikanischen Sicherheitsdiensten oder Militärs. Er sei im IT-Bereich tätig und arbeite für regierungsunabhängige Organisationen im arabischen Raum. "Wir sind über die unhaltbaren Behauptungen erstaunt und haben bislang keine Informationen über die Lage Zakas in der Islamischen Republik erhalten", hieß es in der Erklärung der Familie. Zaka sei am 14. September auf Einladung der Vizepräsidentin, die für Angelegenheiten der Familien und Frauen zuständig ist, zur Teilnahme an einer Tagung eingeladen worden. Von seiner Verhaftung habe die Familie durch die Medien erfahren. Sie forderte die libanesischen Regierung auf, sich für die Freilassung Zakas einzusetzen.

Die Nachrichtenagentur Tasnim, die den Revolutionsgarden nahesteht, berichtete am 3. November, "einige Mitglieder einer Agentengruppe, die aus den USA und Großbritannien geleitet wird, sind durch Sicherheitsbeamte der Revolutionsgarden festgenommen worden." Die Nachrichtenagentur Mehr berichtete, es gebe Fotos von Zaka in US-Militäruniform. Er sei der fünfte Amerikaner, der in jüngster Zeit wegen Spionage verhaftet worden sei.

Presseberichten zufolge besitzt Zaka eine unbegrenzte Aufenthaltserlaubnis für die Vereinigten Staaten. Das US-Außenministerium bestätigte die Festnahme Zakas.

KULTUR

Chamenei kritisiert die Kulturpolitik / Kampagne gegen Reformjournalisten / Kampagne für Freiheit von Resaian / Iran: "Telegram hat unsere Rote Linie akzeptiert" / Nutzer von mobilen Messenger-Diensten verhaftet / Auszeichnung für iranischen Verlag / Iranische und israelische Musiker gemeinsam auf Tournee / Karikaturist Heydari festgenommen

CHAMENEI KRITISIERT DIE KULTURPOLITIK

Vor einer Versammlung von Wissenschaftlern erklärte Revolutionsführer Ali Chamenei laut Medienberichten vom 11. November, die Universitäten hätten die vorrangige Aufgabe, eine "moderne islamische Kultur" zu entwickeln. Er kritisierte "manche kulturelle Aktivitäten" an den Universitäten. "Es gibt Leute, die kulturelle Aktivitäten mit Konzertveranstaltungen und gemischten Camps für Frauen und Männer verwechseln. Und um diesen Irrtum zu rechtfertigen, sagen sie, Studenten müssten auch Spaß und Freude haben", sagte er. "Die "richtige kulturelle Aktivität" bestehe hingegen darin, Menschen zu erziehen, "fromme, schöpferische und revolutionäre" Ideale zu haben, ihr Land und die islamische Staatsordnung zu lieben und tiefe Einsichten in Religion und Politik zu erlangen.

Chamenei erwähnte auch die Aktivitäten Irans im Bereich der Atomindustrie und sagte, das Land brauche die Atomwissenschaft, in die seit Jahren investiert worden sei. Denn die Atomenergie werde dringend gebraucht, sobald die Ölreserven erschöpft seien. "Wir hatten uns zu der zwanzigprozentigen Uranreicherung entschlossen, weil der Westen harte Bedingungen für die Lieferung von Brennstoff für unseren Atomreaktor gestellt hatte." Die schwierigste Phase der Urananreicherung sei die Zwanzigprozentige. Dann kann die Anreicherung sehr leicht und schnell auf 99 Prozent erhöht werden. "Genau das hat die westlichen Staaten nervös gemacht", sagte Chamenei (Anmerkung der Redaktion: Zur Herstellung von Atombomben braucht man hochangereichertes Uran).

Chamenei forderte die Universitäten auch dazu auf, den Plan zu einer "Widerstandswirtschaft" zu unterstützen. "In diesem Bereich ist noch nicht das geschehen, was geschehen muss", sagte er. Die Regierung habe ihm erst kürzlich Pläne dafür vorgelegt.

Der Begriff "Widerstandswirtschaft" tauchte auf, nachdem die Sanktionen gegen Iran verhängt wurden. Damals rief Chamenei dazu auf, die Wirtschaft so autark wie möglich zu gestalten, so dass sie unabhängig vom Ausland existieren und sich entwickeln könne. Dabei ging es vor allem darum, die Wirtschaft unabhängig vom Ölexport zu machen.

Am 18. November gab der Sekretär des Obersten Rats der Kulturrevolution, Mohammad Resa Mochber Desfuli, bekannt, dass Präsident Rohani angeordnet habe, künftig keine gemischten Camps mehr zu organisieren. "Der Präsident hat während einer Sitzung des Rats einen detaillierten Bericht über gemischte Camps angefordert und angeordnet, dass solche Camps fortan nicht mehr veranstaltet werden", sagte er.

KAMPAGNE GEGEN REFORMJOURNALISTEN

Am Vorabend der Demonstrationen zum Jahrestag der Geiselnahme der amerikanischen Botschaftsangehörigen berichtete das staatliche Fernsehen von der Festnahme einiger Journalisten. Darin wurde auch ein Telefoninterview mit einem "Experten der Informationsabteilung der Revolutionsgarden" ausgestrahlt, der als "Herr Asef" vorgestellt wurde. Dessen Aussagen zufolge handelt es sich bei den Festgenommenen um die "zerstörerischsten Aktivisten in der in- und ausländischen Presse", die ein Netzwerk gebildet hätten, um die Journalisten zu beeinflussen. Das Netzwerk habe eine "äußerst komplizierte Struktur" gehabt. Die Mitglieder hätten alle möglichen Vorsichtsmaßnahmen

getroffen und sich sicher gefühlt. Dennoch sei es den Geheimdiensten gelungen, das Netzwerk zu entdecken, sagte Asef.

Die Mitglieder des Netzwerks hätten über Wechselstuben oder Kontaktpersonen Geld bekommen, sagte Asef. Drahtzieher des Netzwerks seien ausländische Geheimdienste gewesen, amerikanische Geheimdienste hätten die Finanzierung und britische Geheimdienste die politische und diplomatische Führung übernommen. Unter den Festgenommenen seien hoch professionelle Journalisten gewesen, die geheimdienstlich und diplomatisch durch manche Länder in Europa unterstützt und miteinander koordiniert wurden. Dabei hätten die Niederlande unter den europäischen Ländern eine zentrale Rolle gespielt. Die mit dem holländischen Außenministerium verbundenen Stiftungen sowie weitere Stiftungen in Großbritannien und Schweden hätten zum Aufbau des Netzwerkes und zur Anwerbung iranischer Intellektueller einen wichtigen Beitrag geleistet, erklärte Asef.

Den Schilderungen von Asef zufolge hätten die Organisatoren "junge Menschen, die nach Karriere strebten und Journalisten, die ihrem Land dienen wollten, für das Projekt engagiert" und dabei viel Geld investiert, um sie mit Journalisten, die früher in Iran aktiv waren und inzwischen im Ausland gegen die Islamische Republik agierten, in Verbindung zu bringen.

Das Netzwerk sei horizontal aufgebaut, einzelne Mitglieder wüssten nichts voneinander, sagte Asef. Das Motiv für den Einzelnen sei das Geld gewesen. Dafür schrieben sie, angeleitet von ausländischen Geheimdiensten, Berichte gegen die Interessen der Islamischen Republik und gegen die Werte der Revolution. Zu dem Inhalt der Artikel äußerte sich Asef nicht.

Das Netzwerk habe unter anderem versucht, einen Teil der inländischen Presse zu "besudeln". Manche Journalisten, Chefredakteure und Herausgeber seien engagiert worden, so dass Schlagzeilen, Kommentare und Artikel mit dem gleichen Inhalt in verschiedenen Zeitungen erscheinen konnten. Das eigentliche Ziel des Netzwerkes sei der Sturz der islamischen Staatsordnung gewesen, sagte Asef. Dazu sei versucht worden, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und den Lebensstil der Menschen zu ändern.

Asef verurteilte die geflüchteten Journalisten, die versucht hätte, junge Journalisten mit falschen Versprechungen für ihre Ziele zu gewinnen, aus ihnen Informationen herauszupressen und sie zu zerstörerischen Taten zu ermuntern.

Die Ermittlungen gegen das Netzwerk hätten zwei Jahre lang gedauert. Inzwischen seien nun einige Institutionen, die direkt mit dem Netzwerk zusammenarbeiteten, bekannt. Über die Details der Aktivitäten werde die Justiz die Öffentlichkeit noch informieren.

Asef nannte nicht die Namen der Journalisten, die verhaftet wurden. Doch am 2. November berichtete das den Reformern nahestehende Nachrichtenportal Kalameh, dass zwei Journalisten, Isa Saharchis und Ehsan Masanderani, in Haft genommen worden seien.

Saharchis, der auch politisch engagiert war, wurde nach den Protesten gegen die umstrittene Wiederwahl von Präsident Ahmadinedschad (2009) zu drei Jahren Haft und fünf Jahren Berufsverbot verurteilt. Ihm wurden damals "Beleidigung des Revolutionsführers" und "Propaganda gegen die islamische Staatsordnung" vorgeworfen. Vor zwei Jahren wurde Saharchis aus der Haft entlassen. Auch jetzt werden ihm Aktivitäten gegen die nationale Sicherheit und die Beleidigung des Revolutionsführers unterstellt.

Der Sohn von Saharchis, Mehdi, twitterte am 2. November, sein Vater sei in seiner Wohnung von sieben Revolutionsgardisten, die auch die Wohnung durchsucht hätten, festgenommen und abgeführt worden.

Ehsan Masanderani ist Herausgeber der Zeitung Farhichtegan. Auch er war 2009 im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Wiederwahl Ahmadinedschads in Haft genommen worden.

UN-Menschenrechtsexperten haben laut dpa vom 12. November in einer Erklärung die zunehmenden Repressionen gegen Journalisten in Iran beklagt und verweisen darin auch auf die neuerlichen Verhaftung der fünf Journalisten. Sie sehen einen Zusammenhang zwischen den Festnahmen und den im Februar nächsten Jahres stattfindenden Parlamentswahlen. Bereits 2013 habe man ähnliche Vorgänge im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen beobachten können, hieß es. Der von der UNO beauftragte Berichterstatter für die Lage der Menschenrechte in Iran, Ahmad Schaheed, sprach von "zunehmenden Einschüchterungen von Journalisten". Die Experten forderten Teheran auf, alle in Haft befindlichen Journalisten freizulassen, auch den Reporter der Washington Post, Jason Resaian, der sich unter dem Vorwurf der Spionage seit Juli 2014 in Haft befindet und dessen Schicksal noch ungewiss ist.

Bei den fünf in der Erklärung genannten Journalisten handelt es sich neben Saharchis und Masanderani um Afarin Tschitsas, Redakteur der Zeitung "Iran", Saman Safarsai, Redakteur der Zeitschrift "Andischeh Puja", und Hassan Scheichaghaj, Leiter der Internetseite "Rawangah". Die Seite, die Berichte in kurdischer und persischer Sprache veröffentlicht, behandelt hauptsächlich die Probleme der mehrheitlich von Kurden bewohnten Regionen in Iran. Die Seite ist seit der Verhaftung Scheichaghais geschlossen.

Präsident Rohani kritisierte die Festnahmen. Die Justiz erklärte daraufhin, sie habe ausreichend Beweismaterial, um die Festnahmen zu rechtfertigen.

KAMPAGNE FÜR FREIHEIT VON RESAIAN

20 Menschenrechtsaktivisten, Autoren und Wissenschaftler, darunter der international bekannte amerikanische Linguist Noam Chomsky, haben in einem Schreiben an die iranische Führung vom 12. November die Inhaftierung des Reporters der Washington Post Jason Resaian verurteilt und seine sofortige Freilassung gefordert. Die Unterzeichner bezeichnen die Vorwürfe gegen Resaian, geheime Informationen weitergeleitet zu haben, als "absurd". Sie kritisieren, dass der Anwalt Resaians im Gericht keine Gelegenheit gehabt hätte, die Behauptungen des Staatsanwalts zu widerlegen.

Laut Angaben der Justiz sind die Gerichtsverhandlungen im Fall Resaian längst abgeschlossen, auch ein Urteil sei gefällt, aber noch nicht bekannt gegeben worden.

Die Verhaftung Resaians stelle eine eklatante Missachtung der Rechte auf Freiheit und Sicherheit dar. Er sei ohne Grund festgenommen worden und monatelang ohne Kontakt zu einem Anwalt in Einzelhaft gesteckt worden, kritisieren die Unterzeichner. Resaian sei psychisch und physisch misshandelt und nun ohne Angaben von Gründen verurteilt worden.

Der 39-jährige Resaian, der sowohl die iranische als auch die amerikanische Staatsbürgerschaft besitzt, war im Juli 2014 gemeinsam mit seiner Frau, Yeganeh Salehi, und zwei Fotoreportern festgenommen worden. Während die anderen freikamen, musste Resaian weiter in Haft bleiben. Der Prozess gegen ihn, bei dem ihm Spionagetätigkeit vorgeworfen wird, fand hinter verschlossenen Türen statt. Am 22. November sagte Justizsprecher Gholamhossein Moohseni Ejeji, Resaian sei zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden. "Einzelheiten" könne er nicht nennen.

Der Leiter der Auslandsredaktion der Washington Post, Douglas Jehl, sagte: "Jeder Tag, den Jason im Gefängnis verbringt, ist eine Ungerechtigkeit, weil er nichts verbrochen hat." Den Prozess gegen Resaian bezeichnete er als "Scheingefecht" und forderte die sofortige Freilassung des Korrespondenten seiner Zeitung.

"Wir verurteilen die Haft, die Qual und das Urteil gegen Jason Resaian auf das Schärfste und fordern alle internationalen Institutionen, Wissenschaftler, Vereine, Verbände und Personen, die sich für die Rechte der Menschen einsetzen auf, gegen das Willkürurteil zu protestieren und die sofortige Freiheit von Resaian zu fordern", heißt es in dem Schreiben.

IRAN: "TELEGRAM HAT UNSERE ROTE LINIE AKZEPTIERT"

Das Ministerium für Kommunikation und Technologie erklärte, dass der Internet-Dienst Telegram Irans "Rote Linien" akzeptiert und sich bereit erklärt habe, die moralisch anstößigen Seiten zu entfernen.

Mohammad Resa Farnaghi, Staatssekretär im Ministerium für Kommunikation und Technologie, sagte am 5. November der Presse, sein Ministerium hätte ernsthaft erwogen, Telegram zu filtern, wäre der Dienst nicht bereit gewesen, Irans Forderungen zu akzeptieren.

Telegram hatte im vergangenen Monat behauptet, das Netzwerk sei von Iran aufgefordert worden, dem Land die Möglichkeit zu gewähren, iranische Staatsbürger zu beobachten. Da das Netzwerk sich geweigert habe, dieser Aufforderung nachzukommen, sei es einige Stunden lang geschlossen worden. Iran hingegen erklärte, der Ausfall habe technische Gründe gehabt.

NUTZER VON MOBILEN MESSENGER-DIENSTEN VERHAFTET

Die Revolutionsgarden (Pasdaran) haben in der Stadt Ghaswin zahlreiche Nutzer von mobilen Messenger-Diensten unter dem Vorwurf der "Aktivitäten gegen die moralische Sicherheit" in Haft genommen. Wie die der Pasdaran nahestehende Webseite Gerdab am 7. November berichtete, wurden 170 Personen festgenommen, deren Akten den Justizbehörden übergeben wurden.

Konkret werden die Festgenommenen beschuldigt, "anstößige, pornographische Fotos" verbreitet und Telefonnummern von Leuten veröffentlicht zu haben, die "außereheliche sexuelle Beziehungen" gesucht hätten. Zudem wird einigen vorgeworfen, sich "beleidigend" gegen nationale Minderheiten sowie gegenüber Regierungsverantwortlichen geäußert zu haben.

Messenger-Dienste im Mobilfunk wie WhatsApp oder Viber genießen in Iran seit einigen Jahren, insbesondere bei Jugendlichen, eine große Popularität. Im Sommer vergangenen Jahres wurden über diese Dienste zahlreiche Witze über Ayatollah Chomeini verbreitet. Daraufhin wurden elf Personen in der Provinz Fars verhaftet.

Zwischen den Sicherheitsdiensten und den Nutzern von Internet und Mobilfunk läuft seit Jahren ein Katz-und-Maus-Spiel. Mal werden bestimmte Dienste gefiltert oder eingeschränkt, mal Leute verhaftet. Doch die Nutzer lassen sich nicht einschüchtern. Sie finden immer neue Wege, um ihre Botschaften zu verbreiten und mit Gleichgesinnten zu kommunizieren.

AUSZEICHNUNG FÜR IRANISCHEN VERLAG

Die deutsche Sektion des Internationalen Schriftstellerverbands PEN hat den iranischen Verlag "Sujet" "für seine kontinuierliche und beeindruckende Arbeit für Autoren, die nicht in ihrem Heimatland leben und publizieren wollen oder können" ausgezeichnet. Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert.

Der Verleger und Literat Madjid Mohit war Anfang der neunziger Jahre nach Deutschland geflüchtet. Er habe sich einer Literatur gewidmet, die ortsunabhängig wirke, von Autoren geschrieben, die in einem fremden Land grenzübergreifend die hiesige Landschaft bereicherten, begründete PEN die Preisvergabe laut epd.

"Sujet", erläutert Mohit dem epd laut Bericht vom 11. November, sei "ein idealer Name für einen Verlag, der sich großen Tabu-Themen in meiner Heimat widmet, wie Politik, Sexualität, Moderne und Verfolgung".

Der Verlag wurde 1996 in Bremen gegründet. Das Programm ist vielfältig, wobei Lyrik einen wichtigen Schwerpunkt bildet.

IRANISCHE UND ISRAELISCHE MUSIKER GEMEINSAM AUF TOURNEE

Einer Meldung der dpa vom 16. November zufolge haben eine iranische und eine israelische Band sich dazu entschlossen, ungeachtet der herrschenden Feindschaft zwischen den Regierungen ihrer Länder, gemeinsam aufzutreten. dpa zitierte Elnaz Amiraslani von der veranstaltenden Agentur: "Diese jungen Leute wollen etwas machen und zeigen: Wir spielen dieses Spiel nicht mit." Das Projekt wurde "The Secret Handshake" - ein heimlicher Händedruck der Freundschaft - genannt. Die Tournee gastiert in über zwölf deutschen Städten. Der erste Auftritt fand am 17. November in Leipzig statt.

KARIKATURIST HEYDARI FESTGENOMMEN

Iranischen Medienberichten vom 16. November zufolge wurde der bekannte Karikaturist und Zeichner Hadi Heydari in der Redaktion der Zeitung Schahrwand von Sicherheitsbeamten festgenommen. Bislang ist der Grund der Festnahme nicht bekannt, auch nicht der Ort, an den er gebracht wurde.

Heydari wurde bereits zweimal nach den Protesten gegen die umstrittene Wiederwahl von Präsident Ahmadinedschad festgenommen. Das erste Mal 2009 bei einer Versammlung und das zweite Mal 2010. Er wurde gegen eine hohe Kautionsauszahlung aus der Haft entlassen.

WIRTSCHAFT

Atomabkommen / Keine Importe aus den USA / Iran erhält bald S-300 Raketen / Gipfel der Erdgas produzierenden Länder in Teheran / Reduzierung des Treibhausgas-Ausstoßes in Aussicht gestellt

ATOMABKOMMEN

Den Angaben des Teheraner Außenministeriums zufolge haben sich am 14. November Vertreter der USA und der EU gemeinsam mit einer Gruppe von Rechtsexperten des iranischen Außenministeriums sowie Vertretern der iranischen Zentralbank getroffen. Thema des Treffens war die Klärung der Details des Abkommens sowie die Überprüfung der Verpflichtungen, die Iran, die USA und die EU mit dem Abkommen eingegangen sind.

Abbas Araghtschi, der auf iranischer Seite für die Umsetzung des Abkommens verantwortlich ist, hatte zuvor erklärt, Rechtsexperten des Außenministeriums hätten die Anweisungen des US-Präsidenten und die Beschlüsse der EU-Außenminister genau geprüft, um festzustellen, ob sie mit den im Atomabkommen getroffenen Vereinbarungen übereinstimmen.

Hamid Baidinejad, Mitglied des iranischen Verhandlungsteams, sagte, nach Einschätzung des Außenministeriums würden in eineinhalb bis zwei Monaten sämtliche Sanktionen gegen Iran aufgehoben werden. US-Präsident Barack Obama sowie die Außenminister der EU haben bereits angeordnet, die Aussetzung der Sanktionen entsprechend dem vorgesehenen Zeitplan durchzuführen. Voraussetzung ist, dass Iran bis dahin die eingegangenen Verpflichtungen erfüllt. Dazu gehören die Reduzierung der Anzahl der Zentrifugen, der Umbau des Schwerwasserreaktors in Arak und die drastische Reduzierung des Bestands an angereichertem Uran.

Am 15. November trafen sich US-Außenminister John Kerry und Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif in Wien am Rande der Syrien-Konferenz. Auch hier ging es um die Umsetzung des Atomabkommens. Sarif sagte laut der Agentur ISNA: "Bei dem Treffen haben wir über die Aufhebung der Sanktionen der UNO und der USA und über die Vereinbarung zum Umbau des Schwerwasserreaktors in Arak gesprochen."

Einige Wochen zuvor hatte Revolutionsführer Ali Chamenei in einem Schreiben an Präsident Rohani auf "Unklarheiten und Schwächen" des Abkommens hingewiesen, die korrigiert werden müssten. "Wachsamkeit ist geboten, sonst werden große Schäden für die Gegenwart und Zukunft unseres Landes entstehen", schrieb er.

Indes erklärte der Chef der iranischen Atombehörde, Ali Akbar Salehi, Iran sei zurzeit lediglich mit dem Abräumen von inaktiven Zentrifugen in Natans beschäftigt. Er betonte, dass in der unterirdischen Anlage Fordo bislang keine Zentrifugen abgebaut worden seien. "Auch in Arak haben wir noch nichts angerührt", sagte Salehi am 14. November laut Irna.

Das Abkommen verpflichtet Iran, noch vor der Aufhebung der Sanktionen, die Zahl der Zentrifugen der ersten Generation auf 5.060 und die in Fordo auf 1.044 zu reduzieren. Zudem soll der Schwerwasserreaktor in Arak so umgebaut werden, dass er kein Plutonium mehr abwirft, das für den Bau von Nuklearwaffen benutzt werden könnte.

"Wir werden in einem Monat, wenn die Vorschläge der Gegenseite für uns zufriedenstellend sein sollten, mit dem Abbau der Zentrifugen beginnen, auch mit denen in Fordo", sagte Salehi. "Solange wir keine Garantien haben und unser Verhältnis zum Atomwaffensperrvertrag nicht genau geklärt ist, werden wir nichts unternehmen."

Am 18. November gab die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) bekannt, dass Iran mit der Demontage der Zentrifugen begonnen habe. In den beiden Anlage Natans und Fordo seien bereits 4.500 Zentrifugen demontiert worden, hieß es in einem vertraulichen Bericht der Behörde, laut der Agentur Reuters.

Den IAEA-Bericht bezeichnete Salehi als "relativ gut". "Darin wird bestätigt, dass Iran seine Verpflichtungen erfüllt hat und sein Atomprogramm keine Mängel aufweist", sagte er am 19. November. "Wenn wir die Äußerungen des Herrn Amano (Generalsekretär der IAEA) in Brüssel und New York betrachten, stellen wir fest, dass die IAEA sich allmählich auf dem richtigen Weg befindet. Wir hoffen, dass der 15. Dezember das Ende des Kapitels über das iranische Atomprogramm darstellen wird." Am 15. Dezember soll der Bericht der Atomenergiebehörde offiziell vorgelegt werden.

Demgegenüber sagte Irans Botschafter bei der IAEA, Resa Nadschafi: "Bedauerlicherweise enthält der Bericht abermals unnötige technische Details, die wir und

auch die blockfreien Staaten kritisiert haben." Als Beispiel nannte er die Passage über die Militäranlage in Parchin. In dem Bericht würden Umbauten in Parchin erwähnt. "Wenn damit der Bau eines Ruheraums gemeint ist, sind wir der Meinung, dass dies nicht so bedeutend ist, um es in dem Bericht zu erwähnen", sagte Nadschafi.

Am 26. November sprach Amano während einer Rede vor dem Gouverneursrat der IAEA von Unklarheiten im iranischen Atomprogramm. Er habe nicht die Gewissheit, dass Iran die Atomenergie ausschließlich für friedliche Zwecke nutze, sagte er. Denn die Inspektoren hätten nicht die Möglichkeit, die Anlagen ausreichend zu kontrollieren. Er fügte aber hinzu, es gäbe eine Vereinbarung mit Teheran, der zufolge den Inspektoren in Zukunft mehr Zugang zu den Anlagen gewährt werden solle.

Am 29. Dezember erklärte der Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats in Iran, Ali Schamchani, die Voraussetzung für die Umsetzung des Atomabkommens sei die endgültige Schließung der iranischen Akte bei der Atomenergiebehörde. "Man kann nicht sowohl die Datteln als auch Gott haben wollen." (ein persisches Sprichwort) "Das heißt, man kann nicht das Abkommen haben wollen und zugleich die Akte offenlassen."

KEINE IMPORTE AUS DEN USA

Mit der Aufhebung der Sanktionen, die Anfang nächsten Jahres erfolgen soll, erwartet Iran neben ausländischen Investitionen auch vermehrte Importe von ausländischen Konsumgütern. Diese könnten, befürchten Wirtschaftsexperten, der einheimischen Produktion großen Schaden zufügen und damit das Land in die Abhängigkeit vom Ausland bringen. Das ist aber nicht der einzige Grund für die Forderung der Konservativen, den Import von ausländischen Gütern stark einzuschränken. Die Konservativen befürchten, dass mit den Konsumgütern auch der Weg für eine kulturelle Einflussnahme geebnet werde, vor allen aus dem Westen, und allen voran aus den USA. So schrieb Handelsminister Mohammad Resa Nematsadeh am 5. November auf seiner Ministeriums-Webseite laut AFP: "Um die nationale Produktion zu stärken, ist es notwendig, die Einfuhr von US-Verbrauchsprodukten zu stoppen." Sämtliche Waren, die auf eine Präsenz der USA hinwiesen, müssten verboten werden.

Bereits zwei Tage zuvor war einem Bericht der Agentur Tasnim zufolge eine neu eröffnete Filiale der amerikanischen Fastfood-Kette Kentucky Fried Chicken (KFC) in der Hauptstadt Teheran nach nur 24 Stunden wieder geschlossen worden. Auch McDonald's Filialen sind in Iran nicht zugelassen.

Umso mehr Erstaunen erweckte eine Äußerung des iranischen Ölministers, Bijan Sangeneh, der am 28. November am Rande einer Tagung in Teheran, bei der es um die Vergabe von Konzessionen an ausländische Firmen ging, US-Unternehmer dazu aufforderte, in Iran zu investieren. "Wir haben nichts gegen Investitionen amerikanischer Unternehmen einzuwenden, der Weg in die iranische Ölindustrie ist für diese Unternehmen offen", sagte Sangeneh.

Auf der Tagung wurden neue und günstigere Bedingungen für Investitionen in der iranischen Ölindustrie erörtert und rund fünfzig Projekte in den Bereichen Erdöl, Erdgas und Petrochemie vorgestellt. Iran hofft, dadurch mehr Investoren gewinnen und Investitionen von bis zu 30 Milliarden Dollar bekommen zu können.

IRAN ERHÄLT BALD S-300 RAKETEN

Nach Angaben des iranischen Verteidigungsministers Hossein Dehghan wird Iran bis zum Ende des Jahres einen Großteil der in Russland bestellten S-300-Flugabwehrraketen erhalten.

Für den Umgang mit den Raketen würden bereits iranische Experten in Russland ausgebildet, sagte Dehghan am 11. November im iranischen Fernsehen.

Der Vertrag zwischen Teheran und Moskau über die Lieferung der S-300 Raketen war bereits vor acht Jahren abgeschlossen worden. Der Vertragswert beläuft sich auf rund 800 Millionen Dollar. Doch Russland hatte auf Druck der USA und Israels die Lieferung gestoppt. Daraufhin reichte Iran eine Klage über vier Milliarden US-Dollar gegen Russland beim Schiedsgericht in Genf ein.

Nach der Einigung im Atomstreit sah Moskau keinen Grund mehr, die Lieferung weiter zu blockieren. Im April erklärte Präsident Wladimir Putin, der Lieferstopp sei aufgehoben. Nun soll Teheran den Angaben des russischen Rüstungsunternehmens Rostec zufolge eine überarbeitete Version der Boden-Luft-Rakete erhalten.

Iran kündigte an, seine Klage zurückzuziehen, sobald der erste Teil des Vertrags erfüllt sei.

Indes erklärte der Oberkommandierende der Luftwaffe der Revolutionsgarden (Pasdaran) der Agentur Fars vom 14. November zufolge, die kürzlich in Iran gebaute und getestete Luftabwehr-Rakete "Emad" habe eine Reichweite von 1.700 Kilometern. Es war das erste Mal, dass die Reichweite einer Rakete offiziell bekannt gegeben wurde. Zuvor hatten iranische Medien berichtet, die Rakete habe ein Gewicht von 750 Kilogramm, die Treffsicherheit liege bei 5 Metern.

Ausländische Experten bezeichneten die neue Rakete, vor allem wegen ihrer Reichweite und Treffsicherheit, als "beachtlich". Sie sei die erste Rakete, die bis zum Ziel gelenkt werden könne, sagte Irans Verteidigungsminister Hossein Dehghan.

Christoph Heusgen, außenpolitischer Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel, sieht in der neuen Rakete laut einer Meldung der Agentur Reuters vom 3. November eine potentielle Gefahr. "Wir wissen, dass sie (die Iraner) Langstreckenraketen haben", sagte er bei einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin. Im Hinblick darauf, dass sie auch im vergangenen Monat Mittelstreckenraketen getestet hätten, sei die 2010 von der NATO geplante Raketenabwehr wichtig. Der Raketenschutzschirm, der sich nach Bekundungen der NATO nicht gegen Russland richtet, sollte auch eine Schutzmaßnahme gegen mögliche Angriffsversuche aus Iran sein.

Heusgen sieht trotz der Beilegung des iranischen Atomkonflikts und der Kursänderung der iranischen Außenpolitik weiterhin eine Gefahr, die von Iran ausgehen könnte. "Bei der Art und Weise, wie Iran Politik betreibt, wie Iran den Libanon destabilisiert, wie Iran mit seinen Revolutionsgarden in Syrien agiert, wie Iran auch in anderen Bereichen aktiv ist, muss man einfach sagen (...): Die NATO hat die Verantwortung, die Bürger vor solchen Raketen zu schützen", zitiert ihn Reuters. Dabei sei gleichgültig ob die Raketen atomar oder konventionell mit Sprengstoff bestückt seien.

Indes hat Russland laut einem am 23. November veröffentlichten Erlass des Präsidenten ein Exportverbot für sensible Technologien gegen Iran aufgehoben. Demnach ist es russischen Unternehmen ab sofort erlaubt, unter bestimmten Bedingungen das iranische Atomprogramm technisch und finanziell zu unterstützen sowie das Land mit Nuklearausrüstung zu beliefern. Konkret geht es dabei um den Umbau des umstrittenen Schwerwasserreaktors in Arak, den Umbau der Untergrundatomanlage Fordo und den Export von Roh-Uran bzw. angereichertem Uran.

GIPFEL DER ERDGAS PRODUZIERENDEN LÄNDER IN TEHERAN

Am 23. November fand ein Treffen der Regierungschefs der Erdgas produzierenden Länder (GECF) in Teheran statt. Mitglieder der Gruppe der Erdgas produzierenden Länder sind Algerien, Bolivien, Brunei, Ägypten, Indonesien, Libyen, Malaysia, Nigeria, Katar, Russland, Trinidad, die Arabischen Emirate und Venezuela. Diese Staaten besitzen rund 70 Prozent der Gasreserven weltweit. Dabei steht Iran mit schätzungsweise mehr als 23 Trillionen Kubikmeter Gas an erster Stelle.

Die GECF-Mitgliedstaaten produzieren mehr als 40 Prozent des weltweit verbrauchten Gases.

Zur Debatte standen die Konflikte zwischen Russland und der EU, Russlands Auseinandersetzung mit der Ukraine, die Lage im Nahen Osten, das Atomabkommen zwischen Iran und der 5+1-Gruppe und Fragen, die die Produktion und den Export von Erdgas betreffen.

Teheran hatte für den Schutz der Teilnehmer, darunter acht Staatsoberhäupter, strenge Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Die Schulen und Universitäten im Norden der Hauptstadt waren geschlossen und zahlreiche Straßen gesperrt.

REDUZIERUNG DES TREIBHAUSGAS-AUSSTOßES IN AUSSICHT GESTELLT

Wenn die Sanktionen gegen Iran aufgehoben werden, werde Iran in der Lage sein, seinen Ausstoß an Treibhausgasen drastisch zu reduzieren, sagte Masumeh Ebtekar, die für Umweltfragen zuständige Vizepräsidentin, in einem Interview mit der BBC am 30. November. Viele europäische Staaten hätten Iran nach dem Atomabkommen angeboten, in Projekte zum Ausbau alternativer Energien, vor allem im Bereich der Sonnenenergie, zu investieren, sagte Ebtekar, die an der internationalen Klimakonferenz in Paris teilnimmt.

AUSSENPOLITIK

Iran verurteilt Attentate von Paris / Auch Iran im Visier des IS / Putin bei Chamenei/ Feindschaft zu USA bleibt trotz Atomabkommen bestehen / Der Syrien-Konflikt / Eroberung der Al-Aksa-Moschee simuliert / 47 Personen in Bahrain festgenommen / Kanadische Botschaft soll wieder eröffnet werden / EU-Behörden gegen iranische Hacker / Rohani: Eines Tages werden Iran und die USA ihre Botschaften wieder öffnen / EU-Parlamentspräsident Schulz in Teheran / UN kritisieren Menschenrechtsverletzungen in Iran

IRAN VERURTEILT ATTENTATE VON PARIS

Das Teheraner Außenministerium verurteilte in einer Erklärung vom 14. November die Attentate von Paris und bekundete Irans Solidarität mit dem französischen Volk und der französischen Regierung. Der Sprecher des Ministeriums, Hossein Dschaber Ansari, sagte, sein Land verurteile die terroristischen Angriffe, denen "Dutzende unschuldige Menschen zum Opfer fielen" auf das Schärfste. In diesen schweren Stunden stehe Iran an der Seite der Opfer "des blinden Terrorismus". Die Täter dieser Verbrechen hätten nichts gemein mit dem Geist des Islam, mit anderen Religionen und mit moralischen Grundsätzen, sagte Ansari. Er betonte, Iran werde seinen "Kampf gegen Terrorismus und Extremismus" fortsetzen und sei zur Kooperation mit anderen Staaten bereit.

Auch Präsident Hassan Rohani verurteilte in einem Schreiben an seinem Amtskollegen Francois Hollande die Terrorangriffe auf das Schärfste. "Im Namen des iranischen Volkes

verurteile ich diese menschenfeindliche Tat und bekunde unsere Anteilnahme an dem Leid des Volkes und der Regierung von Frankreich." Das grauenhafte Ereignis habe nur eine Botschaft: Alle Staaten müssten nun gemeinsam gegen den Terrorismus und gegen den Islamischen Staat kämpfen. Rohani sagte seinen für den 17. November geplanten Staatsbesuch in Frankreich sowie seine Reise nach Italien und den Besuch bei Papst Franziskus im Vatikan ab. In einem Telefonat mit Hollande am 17. November sagte Rohani laut dpa: "Die Vernichtung der Terroristen ist die höchste Priorität und wir sollten in dieser Hinsicht zusammenarbeiten."

Auch Außenminister Mohammad Dschawad Sarif drückte seine Anteilnahme aus. "Unsere Gedanken sind in erster Linie bei den Opfern dieses Terroranschlags, deren Angehörigen, dem Volk und der französischen Regierung." Die Anschläge von Paris hätten wieder einmal bestätigt, dass der Terrorismus keine Grenzen kenne und international bekämpft werden müsse. Iran sei bereit, bei diesem Kampf aktiv mitzuwirken, betonte Sarif. Er kündigte an, dass die geplanten Staatsbesuche von Präsident Rohani in Frankreich und Italien, die aufgrund der Ereignisse abgesagt wurden, bald nachgeholt würden.

Indes gab das Außenministerium laut einem Bericht der Agentur ISNA vom 14. November bekannt, dass sich unter den Opfern der Terroranschläge in Paris kein iranischer Staatsbürger befinde.

Am Tag nach den Anschlägen in Paris fand in Teheran vor der französischen Botschaft eine spontane Trauerfeier für die Opfer der Terrorangriffe statt. Zahlreiche Menschen bekundeten ihre Anteilnahme, indem sie vor der Botschaft Blumen ablegten und Kerzen anzündeten. "Nous sommes unis" (Wir sind vereint), stand auf Schildern, die sie an die Wand der Botschaft klebten.

Am 29. November nahm auch Revolutionsführer Ali Chamenei zu den Anschlägen in Paris Stellung. In einem "Brief an die Jugend in den westlichen Staaten" bezeichnete er die Verbrechen in Paris als "blinden Terrorismus".

Es war der zweite Brief, den er an die Jugend im Westen richtete. Den ersten Brief schrieb er im Januar nach dem Anschlag auf die Redaktion der Satirezeitschrift Charlie Hebdo in Paris. In dem zweiten Brief forderte er die Jugend auf, "ihre Kenntnis über den richtigen Islam zu vertiefen" und damit die "Grundlage für eine ehrliche Verständigung mit der islamischen Welt" zu schaffen. Laut dem Büro Chameneis wurde der Brief, der aus Anlass der "bitteren Ereignisse, die der blinde Terrorismus in Paris" verursacht habe, erschien, in mehreren Sprachen veröffentlicht.

In dem Brief sieht Chamenei die Ursache der Anschläge in Paris in der Politik westlicher Staaten, die auf "ungleichen Maßstäben" basiere. Zudem kritisierte er den Westen für die "Erniedrigung reicher Kulturen und die Beleidigung ihrer höchsten Heiligtümer" und wegen seiner "Aggression und seiner moralischen Zügellosigkeit".

AUCH IRAN IM VISIER DES IS

Iraks Außenminister Ibrahim Dschafari sagte der Presse am 15. November am Rande der Syrien-Konferenz in Wien, Ermittlungen irakischer Geheimdienste hätten ergeben, dass neben Frankreich und den USA auch Iran zu den Angriffszielen der IS-Terroristen gehöre. Die diesbezüglichen Informationen seien an die betreffenden Staaten weitergeleitet worden. Weitere konkrete Angaben machte Dschafari nicht.

Irans Informationsminister Mahmud Alawi sagte der Presse in Teheran am 15. November, die Anschläge von Paris seien auch eine "ernste Warnung" an Iran. Wenige Tage zuvor hatte Alawi die Festnahme von "dutzenden Mitgliedern terroristischer Organisationen" in den Provinzen Chusestan, Sistan-Belutschistan, Golestan und Masanderan sowie in

Teheran bekannt gegeben. "Die Feinde seien schon immer bemüht gewesen, in unserem Land Einfluss zu nehmen und Schaden anzurichten. Doch jetzt ist die Gefahr angesichts der jüngsten Ereignisse größer geworden", sagte Alawi. Insbesondere seit Beginn der russischen Luftangriffe in Syrien sei der Druck auf Iran stärker geworden.

General Ahmad Resa Purdastan, Oberkommandierender der iranischen Armee, sagte mit Blick auf die Äußerungen des irakischen Außenministers am 16. November vor Journalisten, die iranischen Streitkräfte fürchteten sich nicht vor derlei Drohungen. 40 Kilometer jenseits der iranisch-irakischen Grenze sei auf irakischem Territorium eine rote Linie gezogen worden, die nicht überschritten werden dürfe. "Andernfalls werden wir mit einem vernichtenden Gegenschlag reagieren."

Am 18. November gaben die Revolutionsgarden (Pasdaran) bekannt, "in den vergangenen Tagen" in der westlichen Provinz Kermanschah in der Nähe der Grenze zum Irak ein Team von Terroristen festgenommen zu haben. Das genaue Datum wurde nicht genannt. Dabei seien eine Menge Waffen beschlagnahmt worden. Über mögliche Tote bei der Operation wurde keine Auskunft erteilt.

Bereits einen Tag zuvor hatte Bahman Reyhani, Oberkommandierender der Pasdaran in der Provinz Kermanschah erklärt: "Mehrere Terrorgruppen des Islamischen Staates, die seit zwei Jahren in der Provinz aktiv waren, wurden verhaftet." Ziel dieser Gruppen sei es gewesen, Kräfte zu rekrutieren und diese ins Ausland zu schicken.

Am 21. November berichtete Irans Innenminister Abdolresa Rahmani Fasli im staatlichen Fernsehen von Aktivitäten zur Vorbereitung terroristischer Anschläge in Iran. "Gerade heute haben wir eine Menge Sprengstoff in verschiedenen Städten entdeckt", sagte er. Er lobte die Pasdaran und die Polizei und fuhr fort, während der Trauertage hätten Feinde in das Land eindringen wollen. Doch sie seien festgenommen worden. Mit Blick auf die Terroranschläge in Paris sagte Fasli: "Wir werden nahezu täglich mit ähnlichen Gefahren konfrontiert, aber wir sind in der Lage, sie abzuwenden."

Der Verfassung nach ist der Innenminister Stellvertreter des Oberbefehlshabers der Ordnungskräfte, bei den Pasdaran spielt er aber keine Rolle.

"Wir werden bedroht", sagte Fasli. "Je wirksamer wir in der Region agieren, desto höher werden wir international geachtet." Die Entdeckungen, Verhaftungen und Geständnisse zeigten, welche Pläne gegen Iran geschmiedet würden. Auf die Frage, wie weit die Terroristen von der Grenze entfernt seien, sagte der Minister: "Wir kontrollieren täglich die gesamte Gegend. Wenn wir Gefahren für unsere Sicherheit spüren, greifen wir ein." Iran kooperiere bei der Kontrolle seiner Grenzen mit Afghanistan, Pakistan und dem Irak und sei im ständigen Kontakt mit deren Sicherheitskräften.

Am 22. November sagte der Oberbefehlshaber der Pasdaran, der IS sei seit langem bemüht, in Iran Unruhe zu stiften, was ihm bislang jedoch nicht gelungen sei.

PUTIN BEI CHAMENEI

Russland Präsident Wladimir Putin, der anlässlich einer Tagung der Gas produzierenden Länder nach Teheran gereist war, wurde am 23. November von Revolutionsführer Ali Chamenei empfangen. Das Gespräch dauerte zwei Stunden. Chamenei bezeichnete Putin als eine "herausragende Persönlichkeit der Gegenwart". Er bedankte sich bei ihm für die Unterstützung, die Russland Iran bei den Atomverhandlungen gewährt habe und für die Position Russlands im Syrien-Konflikt.

Chamenei verwies auf die "gute Zusammenarbeit zwischen Teheran und Moskau", vor allem in diesem Jahr. "Die Amerikaner versuchen immer ihre Konkurrenten zur Passivität

zu zwingen, aber letzteren ist es gelungen, die Strategie zu durchbrechen", sagte Chamenei. Die Entscheidungen und Maßnahmen, die Moskau in Bezug auf Syrien getroffen habe, hätten das Ansehen Russlands und der Person Putins in der gesamten Region gesteigert.

Putin würdigte Iran als einen "unabhängigen, aufrechten Staat mit einer ausgezeichneten Zukunftsperspektive". An Chamenei gerichtet sagte er: "Wir betrachten Sie als einen zuverlässigen Verbündeten in der Region und in der Welt." Russland werde niemals seinen Verbündeten in den Rücken fallen und niemals gegen sie etwas unternehmen. "Wenn es Konflikte gibt, versuchen wir sie durch Dialog zu lösen."

Es war der zweite Besuch Putins in Iran. Das erste Mal war er 2007 zur Teilnahme an einem Gipfel der Anrainerstaaten des Kaspischen Meers nach Teheran gereist. Als Geschenk hatte Putin eine alte handgeschriebene Kopie des Korans mitgebracht.

Der außenpolitische Berater von Chamenei, Ali Akbar Welayat, bezeichnete das Treffen zwischen Putin und Chamenei als "wichtigsten Besuch in der Geschichte der Islamischen Republik". Es sei kein formeller Besuch gewesen. Bei dem Treffen sei über wichtige strategische Fragen und über die Zusammenarbeit der beiden Staaten in der Region gesprochen worden.

FEINDSCHAFT ZU USA BLEIBT TROTZ ATOMABKOMMEN BESTEHEN

Die Feindschaft gegenüber den USA soll nach Meinung der überwiegenden Mehrheit des Parlaments aufrechterhalten werden, auch trotz des Atomabkommens. In einer Erklärung, die am 2. November, zwei Tage vor dem Jahrestag der Geiselnahme der amerikanischen Botschaftsangehörigen am 4. November 1979 veröffentlicht wurde, sprachen sich 192 von 290 Abgeordneten für die Beibehaltung des Slogans "Tod den USA" aus. Dieser Slogan wird seit der Gründung der Islamischen Republik bei allen offiziellen politischen Veranstaltungen gerufen. Als "Nation der Märtyrer" sei die Islamische Republik nicht bereit, unter dem Vorwand einer Einigung im Atomstreit die Parole "Tod den USA", die zu einem "Symbol der Islamischen Republik und aller kämpfenden Nationen" geworden sei, aufzugeben.

Revolutionsführer Ali Chamenei trat ebenfalls für die Beibehaltung der Parole ein, betonte jedoch bei einem Treffen mit Studenten am 3. November, der Slogan richte sich nicht gegen das amerikanische Volk, sondern gegen die Politik und die Arroganz der USA. Er warnte die Verantwortlichen, den Amerikanern zu trauen. Sie würden nicht zögern Iran zu zerstören, wenn sie dazu die Gelegenheit bekämen.

Am 36. Jahrestag des Sturms auf die amerikanische Botschaft protestierten mehrere Tausend Demonstranten gegen die USA. Dabei wurden amerikanische und saudi-arabische Fahnen verbrannt. Auf der Kundgebung vor der ehemaligen US-Botschaft wurden Plakate getragen, auf denen amerikanische Produkte von McDonald's, Starbucks und KFC mit roter Farbe durchgestrichen waren.

Hauptredner in diesem Jahr war Generalstaatsanwalt Ebrahim Raisi. "Die Feinde versuchen, die Menschen gegen Arroganz unsensibel und die Verantwortlichen unfähig zu machen, gegen den kulturellen Einfluss der USA Widerstand zu leisten", sagte er. Die Liste der Gräueltaten der USA sei lang. Sie hätten Indianer und Schwarze versklavt, gegen internationale Konventionen verstoßen und die ganze Welt abgehört. Auch in anderen Städten fanden an diesem "nationalen Tag gegen die globale Arroganz" Demonstrationen und Kundgebungen statt.

Bereits am 1. November hatte Chamenei vor einer Versammlung von iranischen Diplomaten erklärt: "Die iranische Außenpolitik ist revolutionär. Sie basiert auf

Grundsätzen und Werten und ändert sich nicht mit dem Wechsel der Regierungen." Er lehnte Verhandlungen mit den USA zur Lösung der Probleme in der Region ab und fügte hinzu, entgegen den Verlautbarungen der ausländischen Propaganda, habe sich die iranische Politik weder zwangsläufig noch freiwillig verändert. Die Taktik der Außenpolitik müsse stets im Dienste der Strategie agieren, niemals gegen die Grundsätze.

Chamenei nahm Außenminister Sarif gegen den Vorwurf in Schutz, er und seine Mitarbeiter wären bei den Atomverhandlungen zu viele Kompromisse eingegangen. Er lobte das Verhalten der iranischen Delegation. Sie habe "gegenüber sechs Großmächten Stärke gezeigt, die iranischen Interesse verteidigt und sich durchgesetzt", sagte Chamenei. Die iranische Außenpolitik sei "revolutionär", sie basiere auf der Verfassung der Islamischen Republik und auf Grundsätzen wie der "uneingeschränkten Unterstützung der Schwachen in der ganzen Welt", der entschiedenen Ablehnung von Ausbeutung, der Ablehnung fremder Einmischung in innere Angelegenheiten von Staaten, der Wahrung der nationalen Unabhängigkeit, der Verteidigung der Rechte der Muslime und den friedlichen Beziehungen zu allen Staaten, die den Krieg ablehnten.

Chamenei lehnte Verhandlungen mit den USA über Probleme des Nahen und Mittleren Ostens ab, denn "die Ziele der USA unterscheiden sich von denen Irans um 180 Grad". Die Amerikaner seien bestrebt, eigene Interessen durchzusetzen, nicht die Probleme zu lösen, sagte er. Daher seien Verhandlungen mit ihnen sinnlos.

Chamenei schilderte konkret, welche Lösungen er sich für die Probleme der Region vorstelle. Zum palästinensisch-israelischen Konflikt sagte er, Iran erkenne Israel nicht an. "Die Palästinenser müssen durch freie Wahlen eine Regierung wählen, die in der Lage ist, das Schicksal der Zionisten und der Siedler in den besetzten Gebieten zu bestimmen." In Syrien müssten Waffenlieferungen und finanzielle Hilfen an Rebellen eingestellt, ein Waffenstillstand vereinbart und freie Wahlen durchgeführt werden. Eine Dreiteilung Iraks zwischen Sunniten, Schiiten und Kurden lehnte Chamenei entschieden ab. Die Einheit des irakischen Staates müsse gewahrt werden, sagte er. In Jemen müssten "die Verbrechen den Saudis sofort beendet" und Verhandlungen zwischen Jemeniten und Jemeniten aufgenommen werden. Er griff Saudi-Arabien, das eine Koalition gegen die Huthi-Rebellen gebildet hat, scharf an. Die Saudis hätten sich auf Bitten eines flüchtigen Präsidenten militärisch in die inneren Angelegenheiten Jemens eingemischt, in Syrien jedoch seien sie nicht bereit, dem legitimen Präsidenten zu folgen und ihre Unterstützung der Rebellen einzustellen.

Zu dem Konflikt in Bahrain sagte Chamenei, das Volk in Bahrain fordere nichts anderes als freie Wahlen. "Wir halten diese Forderung für legitim".

Am 25. November wiederholte Chamenei vor mehreren Tausend Basidsch-Milizen seine Warnung vor "fremden Einflüssen". Der Einfluss von geistigen Strömungen sei weitaus gefährlicher als der einzelner Personen, sagte er. Der geistige Einfluss versuche, die Bevölkerung durch den Aufbau von Netzwerken mit Geld und Sex zu unterwandern, ihre Überzeugungen, ihre Sichtweisen und ihren Lebensstil zu ändern. Der geistige Einfluss ziele insbesondere auf Intellektuelle, auf gesellschaftliche Vorbilder und Entscheidungsträger ab. "Das ist eine große Gefahr", betonte der Revolutionsführer.

Offenbar hatte Chamenei bei seinen Warnungen die bereits zitierten Äußerungen von Präsident Rohani im Blick, der während einer Kabinettsitzung vor dem Missbrauch der Worte des Revolutionsführers gewarnt hatte. Es sei zwar richtig, dass man die Warnungen von der Einflussnahme fremder Mächte nicht parteiisch missbrauchen sollte, sagte Chamenei. Aber der Missbrauch mildere nicht die Bedeutung der Warnung. "Wir sollten wachsam sein vor Feinden, die bereits Pläne schmieden".

Trotz der mahnenden Worte des Revolutionsführers hat Iran an der Syrien-Konferenz in Wien, bei der auch die USA vertreten waren, teilgenommen und ist laut Aussagen der

Regierung bereit, weiterhin an den gemeinsamen Bemühungen zur Lösung der Krise in Syrien mitzuwirken.

DER SYRIEN-KONFLIKT

Bei der ersten Syrien-Konferenz in Wien, die am 30. Oktober unter Beteiligung von siebzehn Staaten stattfand, galt es zunächst, die widersprüchlichen Interessen der Teilnehmerstaaten und die bestehenden Feindschaften zwischen ihnen zu überbrücken, unter anderem die zwischen Iran und Saudi-Arabien. Die beiden Staaten, die jeweils den Anspruch erheben, regionale Großmacht zu sein, ringen um den Ausbau ihres Einflusses in der Region. In Syrien zeigt sich dies darin, dass die Saudis das Ziel haben, die Regierung Assad zu stürzen, um die Sunniten an die Macht zu bringen, während Iran das syrische Regime, das von den Aleviten geführt wird, unterstützt. Kein Wunder also, dass die saudischen und die iranischen Vertreter bei der Konferenz nicht ganz höflich miteinander umgingen.

Hossein Amirabdollahian, Vizeaußenminister Irans, der Sarif nach Wien begleitete, sagte nach der Konferenz in einem Interview mit dem arabischsprachigen Sender Al Alam, der saudische Außenminister Abdel al-Dschubeiri habe sich auf der Konferenz "ungebührlich" und für einen Minister "unwürdig" verhalten. Zudem warf er Saudi-Arabien vor, die Gespräche zwischen Teheran und den Mitgliedsstaaten des Golfkooperationsrats sabotieren zu wollen. Statt, wie in manchen Staaten der Region Gewalt anzuwenden, sollte Saudi-Arabien den Weg der Diplomatie wählen und versuchen, auf der Basis von guter Nachbarschaft und Brüderlichkeit Frieden in der Region herzustellen.

Auch Präsident Rohani kritisierte den saudischen Außenminister, der einen Tag nach den Wiener Verhandlungen auf einer Sicherheitskonferenz in Bahrain die iranische Nahost-Politik als destruktiv und zerstörerisch bezeichnet hatte. Er warf Teheran vor, Waffen nach Saudi-Arabien und Bahrain geschmuggelt und sich in die inneren Angelegenheiten Libanons, Syriens, Jemens und Iraks eingemischt zu haben. "Wir haben Iran die Freundschaftshand angeboten. (...) Nun können die Iraner entscheiden, ob sie zu uns nachbarschaftliche Beziehungen haben wollen oder eine Beziehung voller Probleme", sagte el-Dschubeiri.

2011 hatten die USA behauptet, zwei Personen festgenommen zu haben, die mit iranischen Sicherheitsbehörden in Verbindung gestanden hätten. Die Männer hatten angeblich ein Attentat auf el-Dschubeiri geplant. El-Dschubeiri war damals Botschafter Saudi-Arabiens in den USA.

Laut Irna vom 3. November sagte Rohani auf einer Versammlung von iranischen Botschaftern über den saudischen Minister: "Ein unerfahrener junger Mann aus einem Land in der Region hat vergeblich versucht gegenüber Erwachsenen den Mund voll zu nehmen." Al-Dschubeiri ist fünfzig Jahre alt. Er trat vor einigen Monaten die Nachfolge von Saud al-Feisal an, der 75-jährig gestorben war.

"Wenn sich Saudi-Arabien der Wirklichkeit nähern und sich nicht in fremde Angelegenheiten einmischen würde, könnten viele Probleme gelöst werden", fuhr Rohani fort.

Iran drohte, sollten die Verhandlungen über Syrien nicht konstruktiv sein, werde Teheran die Teilnahme an den Wiener Gesprächen absagen. Abdollahian sagte, bei den Verhandlungen müssten die Rechte des syrischen Volkes und die Realitäten in Syrien berücksichtigt werden. Sollte dies nicht der Fall sein, würden Iran und viele andere Länder den Verhandlungen fernbleiben.

Am 4. November erklärte der außenpolitische Berater von Chamenei, Ali Akbar Welayati, nach einem Gespräch mit dem stellvertretenden syrischen Außenminister Faisal Mekdad laut Press TV, Iran werde beim Kampf gegen den Terrorismus weder direkt noch indirekt mit den USA kooperieren. "Iran wird keine Initiative in Syrien akzeptieren, ohne die Regierung und das Volk des Landes zu konsultieren." Weiter sagte Welayati, Iran sei das einzige Land, das Syrien seit Beginn der Auseinandersetzung unterstützt habe. Andere Länder wie Irak und Russland und die libanesische Hisbollah seien später hinzugekommen. Diese bildeten heute gemeinsam mit Iran einen Block, der ernsthaft gegen den Terrorismus kämpfe und die Region unter Kontrolle habe.

Der amerikanische Verteidigungsminister Ashton Carter sagte in einem Interview mit der Zeitschrift Atlantic, der Einfluss Irans in Syrien und im Irak sei durch seine Präsenz begründet. "Sie (die Iraner) sind auf dem Spielfeld." Die USA seien über diese Präsenz nicht glücklich, er habe die arabischen Staaten am Persischen Golf kritisiert, weil sie "statt am Boden präsent zu sein, sich 30.000 Fuß über der Erde befinden". Zehn Tage zuvor hatte der Befehlshaber der US-Streitkräfte gesagt, Iran habe 2.000 Militärs in Syrien und 1.000 Militärs im Irak. Auch Iran gestand ein, seinen Beraterstab in Syrien verstärkt zu haben. Gleichzeitig wurde bekannt, dass allein innerhalb eines Monats mehr als vierzig Iraner in Syrien gefallen sind.

Irans Verteidigungsminister Hossein Dehghan reagierte auf die Äußerungen Carters. Er solle seine "arroganten Stellungnahmen" beenden, sagte Dehghan. Er empfehle dem US-Verteidigungsminister, sich "vorsichtiger und mit mehr Bedacht" zu äußern und es zu unterlassen, arabische Staaten aufzuhetzen. Carter sollte wissen, dass der Einfluss Irans nicht auf die militärische Präsenz zurückzuführen sei, sondern auf die "Entschlossenheit, gegen Aggressoren und gegen die Arroganz" zu kämpfen.

Auch der Oberbefehlshaber der iranischen Streitkräfte, General Hassan Firusabadi, nahm zu Carters Äußerungen Stellung. Iran habe keinerlei territoriale Probleme mit seinen Nachbarstaaten. "Die tatsächlichen Feinde Irans sind die USA und das zionistische Besatzer-Regime", sagte er.

Am 8. November äußerte sich Welayati noch einmal zu der Position Irans in Syrien. Iran werde an der nächsten Syrien-Konferenz unter Einhaltung der erklärten Ziele und roten Linien teilnehmen, sagte er am 8. November in einem Interview mit dem staatlichen Fernsehen. Sein Land werde dem syrischen Volk jede Hilfe gewähren, zu der Iran imstande sei. Welayati fuhr fort, die Teilnahme an den Gesprächen habe das Ziel, die politische Bühne zu nutzen, "vor allem jetzt, wo die Teilnehmer an der Konferenz ihre Sicht auf Syrien grundsätzlich geändert haben".

Zugleich betonte Welayati, dass die Entscheidung über das Schicksal Syriens beim syrischen Volk liege. "Niemand hat das Recht, sich in die inneren Angelegenheiten Syriens einzumischen", sagte er. Iran werde keine Lösung akzeptieren, die vom syrischen Volk abgelehnt werde.

Auf dem Weg nach Wien zu der zweiten Syrien-Konferenz sagte US-Außenminister John Kerry, er erwarte keinen großen Durchbruch, doch sein Land sei im Dialog mit Russland und Iran über die Zukunft Assads. Abgesehen von diesem Punkt gäbe es Gemeinsamkeiten zwischen den Konferenzteilnehmern. Dennoch könne er nicht sagen, dass eine Einigung bevorstehe. Es gebe noch viel Arbeit zu leisten, um die Mauern des Misstrauens in Syrien, in der Region, aber auch international abzubauen.

Am 12. November sagte Präsident Rohani in einem Gespräch mit mehreren französischen Medien, bei der Lösung der Krise in Syrien gehe es nicht um das Schicksal Assads, Syrien brauche eine starke Regierung, es gehe nicht um eine Person, sondern um "Sicherheit und Stabilität". Über die Regierung habe allein das syrische Volk zu entscheiden.

Am 14. November stimmte Iran dem auf der Syrien-Konferenz dem festgelegten Plan zu. "Unser wichtigstes Anliegen war in erster Linie ein Waffenstillstand in Syrien, was in der Abschlusserklärung auch erwähnt wurde", sagte Amirabdollahian laut der Agentur Fars am 16. November. Über eine zukünftige Präsidentenwahl in Syrien sagte er weiter: "Wir stimmen nicht mit denen überein, die sagen, Baschar Assad sollte nicht antreten. Nur Assad selbst kann über seine Nicht-Teilnahme entscheiden."

Der Abschuss des russischen Kampffliegers durch die Türkei hat Proteste aus Iran hervorgerufen. Präsident Rohani bezeichnete den Vorfall als "äußerst gefährliches Signal". "Nach unseren Informationen befand sich das Flugzeug über syrischem Grenzgebiet", sagte Rohani am 25. November in Teheran. "Nehmen wir an, das Flugzeug hat sich tatsächlich der türkischen Grenze angenähert. Raketen und Flugzeuge sind doch keine Spielzeuge, mit denen man einfach in der Luft rumballert. Es darf in der Region nicht zu so einem Chaos kommen, dass jeder tut, was ihm beliebt. Solche Aktionen sind sehr gefährlich."

Rohani sagte weiter, alle sollten bedenken, dass solche Provokationen Folgen hätten, für die jene verantwortlich seien, die mit der Provokation begonnen hätten. Er forderte die Türkei als Nachbarland und "Freund" auf, Vorsicht walten zu lassen, denn die Lage sei "äußerst sensibel". "Die Türkei und Russland sind Nachbarn und Freunde Irans. Uns ist es sehr wichtig, dass sie freundlich miteinander umgehen." Von solchen Ereignissen profitierten nur die Terroristen.

Bei einem Treffen mit Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn in Teheran am 25. November sagte Rohani, die weltweiten Anschläge und die Flüchtlingskrise zeigten, dass der IS zu einem "Terror-Virus" geworden sei, der sich global verbreite. "Wenn jetzt nicht gemeinsam gehandelt wird, haben wir es bald mit Terrorregierungen zu tun anstatt nur mit Terrorgruppen."

EROWERUNG DER AL-AKSA-MOSCHEE SIMULIERT

Einem dpa-Bericht vom 21. November zufolge, der sich auf iranische Medien beruft, haben mehrere Tausend Soldaten der Revolutionsgarden ein Manöver veranstaltet, bei dem sie die Eroberung der Al-Aksa-Moschee simulierten.

Die Moschee, die sich in der Altstadt von Jerusalem befindet und von den Muslimen als drittwichtigstes Heiligtum betrachtet wird, steht auf einer Anhöhe, die von den Juden als Tempelberg verehrt wird. Die Moschee war immer wieder Anlass für Konflikte zwischen Juden und Muslimen, zuletzt kam es hier zu Unruhen, weil die Palästinenser vermutet hatten, Israel wolle ihnen den Zugang zu der Moschee verbieten.

Das Manöver fand in der heiligen Stadt Ghom statt, in der die meisten schiitischen Instanzen Irans residieren. Die hypothetische Stellung der Israelis wurde in dem Manöver gestürmt und erobert. Auf der Kuppel der Moschee wurde dann die Fahne der Islamischen Republik gehisst. Der Oberbefehlshaber der Pasdaran, General Mohammad Ali Dschafari, der das Manöver beobachtete, sagte: "Die Drohungen gegen die islamische Gemeinde nehmen neue Formen an. Auch wir müssen uns der neuen Situation anpassen. Das heutige Manöver richtet sich gegen überregionale Drohungen und Stellvertreterkriege, auf die wir uns vorbereiten müssen."

47 PERSONEN IN BAHRAIN FESTGENOMMEN

Die Regierung von Bahrain gab am 4. November bekannt, im Rahmen einer Antiterror-Aktion 47 Personen festgenommen zu haben, die mit einer "iranischen Terroristengruppe in Verbindung" gestanden hätten. Dabei seien eine Menge Waffen und Sprengstoff

beschlagnahmt worden. Konkrete Angaben über die Personen, deren Staatsangehörigkeit oder über die genaue Zeit und die Umstände der Festnahmen machte die Regierung nicht.

Im vergangenen Monat hatte Bahrain nach offiziellen Angaben eineinhalb Tonnen Sprengstoff beschlagnahmt und danach den iranischen Geschäftsträger unter dem Vorwurf, terroristische Gruppen in Bahrain unterstützt zu haben, ausgewiesen.

Bahrain ist seit vier Jahren mit Protesten der Schiiten im Land konfrontiert, die die Mehrheit der Bevölkerung stellen. Das Land wird von der sunnitischen Minderheit regiert. Die Schiiten beklagen, dass sie ungleich behandelt würden. Iran erhebt immer wieder Anspruch auf Bahrain und betrachtet das Land als eigenes Territorium. 2011 hatte Bahrain Saudi-Arabien um militärische Unterstützung bei der Niederschlagung der Proteste der Schiiten gebeten.

Die Beziehungen zwischen Iran und Bahrain sind seit Jahren von Streitigkeiten belastet. Im vergangenen Monat haben beide Staaten die Geschäftsträger der Gegenseite ausgewiesen.

Abdollahif Abdollah, Bahrains Vizeaußenminister, sagte am 4. November, kein Land sei gegen den Terrorismus gefeit. Die 47 Personen, die festgenommen wurden, hätten Verbindung zu Iran. Unter ihnen befänden sich "gefährliche Terroristen", die mit internationalen Terrornetzwerken in Verbindung stünden.

Am 5. November gab die Regierung in Bahrain bekannt, fünf Personen seien wegen terroristischer Aktivitäten" und Verbindung zu den iranischen Revolutionsgarden (Pasdaran) zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Zweien von ihnen wurde vorgeworfen, für die Pasdaran spioniert und Pläne für Terroranschläge entworfen zu haben. Zudem wurden sie beschuldigt, in Iran eine Ausbildung zum Bombenbau und Umgang mit schweren Waffen absolviert zu haben.

Die anderen drei Personen wurden verurteilt, weil sie laut dem Gericht "terroristische Aktivitäten" finanziell unterstützt und einen Kurs für den Umgang mit Sprengstoffen und schweren Waffen besucht haben.

KANADISCHE BOTSCHAFT SOLL WIEDER ERÖFFNET WERDEN

Einer Meldung der dpa vom 9. November zufolge wird die kanadische Botschaft in Teheran wieder eröffnete. Dies habe der Leiter der iranisch-kanadischen Handelskammer, Assadollah Asgaroladi, bekannt gegeben. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Teheran und Ottawa wurden nach dem Sturm von Demonstranten auf die britische Botschaft in Teheran 2012 abgebrochen. In der Auseinandersetzung um das iranische Atomprogramm gehörte Kanada zu jenen westlichen Staaten, die einen harten Umgang mit Iran forderten.

Offenbar haben die zunehmende Öffnung Irans nach außen, die Einigung im Atomkonflikt sowie der Regierungswechsel in Kanada nun den Weg für die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Teheran und Ottawa geebnet.

Nach der iranischen Revolution sind zahlreiche Iraner nach Kanada geflüchtet oder ausgewandert. Derzeit leben mehr als 160.000 Iraner in Kanada.

EU-BEHÖRDEN GEGEN IRANISCHE HACKER

Einem Bericht der Agentur Reuters vom 9. November zufolge haben Behörden in Europa versucht, in einer koordinierten Aktion eine Gruppe von iranischen Hackern zu

zerschlagen. Die Gruppe soll weltweit Cyberangriffe gegen 1.600 hochrangige Politiker und Militärs unternommen haben. Reuters zufolge wurden Behörden in Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden von der US-israelischen Sicherheitsfirma Check Point Software über den Vorgang informiert. Die Gruppe, die von Sicherheitsexperten Rocket Kitten (Raketen-Kätzchen) genannt wird, soll mit den iranischen Revolutionsgarden (Pasdaran) in Verbindung stehen.

Namen von Betroffenen wurden nicht genannt. Aber den Angaben der Forscher zufolge handelt es sich um Atomwissenschaftler aus Israel, iranische Dissidenten, Frauen von hochrangigen Militärs sowie Familienmitglieder des Königs von Saudi-Arabien. Interpol, die US-Bundespolizei FBI und der israelische Inlandsgeheimdienst Shin Bet seien laut Reuters nicht zu Stellungnahmen bereit gewesen.

ROHANI: EINES TAGES WERDEN IRAN UND DIE USA IHRE BOTSCHAFTEN WIEDER ÖFFNEN

In einem Interview mit der italienischen Zeitung *Curriere della Sera* am 12. November sagte Präsident Hassan Rohani auf die Frage über die Beziehungen zwischen Iran und den USA: "Eines Tages werden die Botschaften (in Teheran und Washington) wieder eröffnet werden. Wichtig dabei ist das Verhalten, das geändert werden muss. Und das betrifft die USA." Mit Blick auf die Geschichte der Beziehungen beider Länder sagte der Präsident: "Wenn sie (die Amerikaner) ihre Politik ändern und die Fehler der vergangenen 37 Jahren korrigieren und sich beim iranischen Volk entschuldigen, wird sich die Lage ändern. Dann werden wir möglicherweise gute Ereignisse erleben."

Rohani bestritt, dass das Atomabkommen im Zusammenhang stehe mit den Beziehungen zwischen den USA und Iran. Zwischen den beiden Staaten gebe es einige Probleme und unterschiedliche Auffassungen, sagte er. Die USA würden nicht alle Sanktionen gegen Iran aufheben. "Für die Zukunft wird aber ausschlaggebend sein, wie das Atomabkommen nun umgesetzt wird. Wenn die Umsetzung zufriedenstellend verläuft, könnte dies die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Staaten mildern und die Grundlage für eine Neugestaltung der Beziehungen bilden." Sollten die USA jedoch ihre eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllen, würden die Beziehungen sich auch nicht verbessern.

EU-PARLAMENTSPRÄSIDENT SCHULZ IN TEHERAN

EU-Parlamentspräsident Martin Schulz traf am 7. November zu einem eintägigen offiziellen Besuch in Teheran ein. Auf seinem Plan standen Gespräche mit Präsident Rohani, Außenminister Sarif und Parlamentspräsident Laridschani. Auch wollte er den staatlichen Menschenrechtsbeauftragten sowie Abgeordnete religiöser Minderheiten treffen.

Im Vorfeld der Reise sagte er, nach dem Atomabkommen befänden sich die Beziehungen zwischen Iran und der EU in "einer entscheidenden Phase". Bei einem Treffen mit Laridschani sagte er: "Wir befinden uns nun in der Umsetzungsphase dieser Vereinbarung und am Ende dieser Phase kann eine Tür für wirtschaftliche Zusammenarbeit und positive wirtschaftliche Entwicklung geöffnet werden."

Bei dem Gespräch mit Rohani sprach Schulz von einer Schlüsselrolle Irans in der Region, insbesondere beim Bestreben, die Krise in Syrien beizulegen. "Die Islamische Republik ist ein Element der Stabilität in einer Region voller Instabilität", sagte Schulz. "Als Ergebnis des Terrorismus in Syrien stehen wir einem Zustrom an Flüchtlingen in Europa gegenüber. Jetzt ist es unser wichtigstes gemeinsames Ziel, die Dschihadisten des Islamischen Staates (IS) zu bekämpfen."

"Glücklicherweise gibt es jetzt mehr Möglichkeiten für eine konstruktive regionale Zusammenarbeit zwischen der EU und Iran", sagte Rohani. Die Lage im Nahen Osten, der Terrorismus und die Flüchtlingskrise machten die Zusammenarbeit notwendiger denn je.

UN KRITISIEREN MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IN IRAN

Die UN-Menschenrechtskommission hat am 20. November mit den Stimmen der USA und 75 weiteren Mitgliedsstaaten einer von Kanada eingebrachten Resolution zugestimmt, in der die Unterzeichnerstaaten ihre tiefe Sorge über die Menschenrechtslage in der Islamischen Republik zum Ausdruck bringen. Als Grundlage der Resolution diente ein UN-Ermittlungsbericht, in dem die Befürchtung geäußert wird, dass die Zahl der Hinrichtungen in diesem Jahr bei mehr als tausend liegen könnte. 35 Staaten stimmten gegen die Resolution, 68 enthielten sich. Hossein Dehghani, Stellvertreter des iranischen Botschafters, erklärte, die Resolution spiegle "eine selektive und politisierte Verfälschung der Tatsachen" wider.

In der Resolution wurde Iran "eindringlich" aufgefordert, im nächsten Jahre eine gerechte, transparente Wahl des Parlaments durchzuführen und allen Bewerbern zu gestatten, auf Grundlage der Konvention der Menschenrechte und Bürgerrechte, frei miteinander zu konkurrieren.

Der Sprecher des Außenministeriums, Hossein Dschaber Ansari, erklärte am 20. November, für die Islamische Republik seien Menschenrechtsresolutionen der Vereinten Nationen, die politisch motiviert und von "geheimen Lobbyisten entworfen und verabschiedet werden" wertlos. Die Islamische Republik sei gegen jegliche Versuche, die Menschenrechte gegen unabhängige Staaten zu instrumentalisieren. Er bedauere sehr, dass die Menschenrechte abermals von manchen Staaten zum Vorwand benutzt würden, um politische Ziele zu verfolgen.

Iran befürworte eine "tatsächliche Unterstützung" der Menschenrechte und sehe sich verpflichtet, diese auf der Basis menschlicher und islamischer Werte und der Gesetze der Islamischen Republik weiter zu entwickeln.